

NACHRICHTEN

Verzicht auf Einzonung

EINSIEDELN red. Der Bezirksrat strebte ein in der Landwirtschaftszone gelegenes Grundstück in der Grösse von 15 300 m² im Gebiet Schlapprig in die Wohnzone W1a einzuzonen. Doch darauf verzichtet er nun, wie es in einer Mitteilung heisst. Grund ist ein Entscheid der Schwyzer Regierung, mehrere Beschwerden gegen die Einzonung gutzuheissen. Das Gebiet im Schlapprig bleibt somit in der Landwirtschaftszone.

Polizei klärt Vandalenakt auf

PFÄFFIKON red. Die Kantonspolizei Schwyz hat einen Vandalenakt aufgeklärt, der sich am Freitagabend, 8. November, zugetragen hat. Eine vorerst unbekannte Täterschaft hat in zwei Tiefgaragen in Pfäffikon elf Fahrzeuge mutwillig beschädigt. Zudem wurden Feuerlöscher und Brandmelder ausgelöst. Die Kantonspolizei konnte den mutmasslichen Täter ermitteln. Der 18-jährige Schweizer aus dem Kanton Schwyz wird sich bei der kantonalen Staatsanwaltschaft verantworten müssen. Der entstandene Sachschaden beläuft sich auf einige zehntausend Franken.

Jeweils weniger als 5 Prozent

KANTON red. FDP-Kantonsrat **Rudolf Imlig** erkundigte sich mittels einer Kleinen Anfrage, wie viele Bürger durchschnittlich an Bezirks- und Gemeindeversammlungen teilnehmen. Eine Umfrage der Regierung zeigt nun, dass es bei Gemeindeversammlungen weniger als 5 Prozent, bei Bezirksversammlungen (Mehrgemeindebezirke) gar weniger als 1 Prozent sind.

Nach Unfall: PW-Lenker gesucht

PFÄFFIKON red. Auf der Ezelstrasse in Pfäffikon ereignete sich gestern nach 13.15 Uhr ein Selbstunfall. Ein 24-jähriger PW-Lenker fuhr talwärts, als er auf der Höhe Stollenweg einem entgegenkommenden Fahrzeug ausweichen musste. Dabei kam er von der Fahrbahn ab und kollidierte mit dem Erdwall sowie einer Signaltafel. Der entgegenkommende PW-Lenker setzte seine Fahrt Richtung Feusberg fort. Hinweise zu diesem Fahrzeug, es handelt sich um einen grünen PW der Marke Subaru, und dessen Lenker, sind an die Kantonspolizei Schwyz, Telefon 041 819 29 29, zu richten.

Finanzausgleich neu prüfen

KANTON spo. Vor 12 Jahren wurde das kantonale Finanzausgleichsgesetz vom Schwyzer Stimmvolk mit 77 Prozent Ja-Stimmen angenommen. Es sei nun an der Zeit, das Gesetz bezüglich seiner Zielsetzung und Wirksamkeit zu überprüfen, finden die SP-Kantonsräte Irene Kägi, Karin Schwiter und Leo Camenzind. Denn inzwischen habe sich viel verändert. Zwar hätten einige der ressourcen-schwächeren Gemeinden in dieser Zeit ihren Steuerfuss senken können und Eigenkapital aufgebaut – doch es zeichne sich eine Trendwende ab.

Die Kantonsräte fordern nun die Regierung auf, Massnahmen aufzuzeigen, wie die «übermässigen Unterschiede der Steuerbelastung von Bezirken und Gemeinden effektiv und nachhaltig auf die konkreten Zielsetzungen reduziert werden können». Ausserdem wollen sie in einem Bericht erfahren, wie die finanziellen Mittel wirkungsvoller eingesetzt werden können und wie die Wirkung mit einem systematischen Monitoring überprüft werden könne.

Schwyz will nun Druck machen

KANTON Beim nationalen Finanzausgleich herrscht bei den Geberkantonen Unmut über das System. Sie wollen nun Druck machen, bevor der Bund seinen Wirksamkeitsbericht präsentiert.

SANDRO PORTMANN
sandro.portmann@schwyzerzeitung.ch

Die Geberkantone des nationalen Finanzausgleichs klagen seit längerem über das bisherige Verteilungssystem – manche lauter, andere leiser. Auch der Kanton Schwyz zählt zu den neun Geberkantonen der Schweiz. Netto zahlt er 142,6 Millionen in den Finanzausgleich. Und ist damit unzufrieden.

Seit kurzem treten die Geberkantone Schaffhausen, Zürich, Zug, Genf, Basel-Stadt, Waadt, Nidwalden, Tessin und auch Schwyz geschlossen auf der Webseite www.fairer-nfa.ch auf. Dort haben sie gemeinsam sieben Positionen ausgearbeitet, mit Forderungen an den Bund. Denn dieser wird im Frühling 2014 den zweiten Wirksamkeitsbericht

zum NFA präsentieren. Dieser bildet die Grundlage für das Parlament, das über die Ausgleichszahlungen der nächsten vier Jahre bestimmt.

Eine neutrale Zone

«Mit diesen Positionen wollen wir frühzeitig zu Händen des Wirksamkeits-



«Wir wollen nun Nägel mit Köpfen machen.»

KASPAR MICHEL,
SCHWYZER FINANZDIREKTOR

berichts des Bundes Druck machen und darauf hinweisen, dass im System Anpassungsbedarf besteht», erklärt Kaspar Michel, Finanzdirektor des Kantons

Schwyz. Die erste Forderung der Kantone befasst sich mit der Verminderung der Solidarhaftung der Geber- und Nehmerkantone.

Schwächt heute ein finanzstarker Kanton, so haften die anderen solidarisch. Mit Folgen für den Finanzhaushalt des Kantons Schwyz. «Das übersteigt letztlich unsere Kräfte und wir haben schlussendlich selber ein Problem mit unserem Finanzhaushalt», sagt Michel. Dieser Punkt stelle für den Kanton Schwyz eines der grössten Probleme dar. «Hier setzen wir uns stark für eine Änderung ein», betont der Finanzdirektor. Betroffenheit löst auch der zweite Punkt aus. «Die Position zwei ist 1:1 das Anliegen der Schwyzer Standesinitiative», so Michel. Hier fordern die Geberkantone eine neutrale Zone. Kantone, die nur knapp in den Genuss einer Finanzspritze kommen, sollen künftig weniger oder gar kein Geld mehr aus dem NFA-Topf erhalten. Dieses soll dann den wirklich finanzschwachen Kantonen zugutekommen.

NFA ja, aber mit Anpassungen

«Es geht uns nicht um grundsätzliche, fundamentale Änderungen, es geht uns um Anpassungen und darum, Planungssicherheit zurückzubekommen», sagt Kaspar Michel. «Wir weisen auf Anpas-

sungsbedarf hin – aber immer indem wir sehr für den NFA und diesen Ausgleichsmechanismus sind.» Laut dem Finanzdirektor nehme der Kanton innerhalb des Zusammenschlusses eine engagierte Rolle ein. «Wir wollen nun Nägel mit Köpfen machen», sagt er.

Verschiedener Hintergrund

Den NFA gibt es unverändert seit sieben Jahren. Im nächsten Jahr wird das Parlament auf der Grundlage des Wirksamkeitsberichts des Bundesrats die Ausgleichszahlungen für die nächsten vier Jahre bestimmen. Im Parlament sind die Nehmerkantone jedoch in der Überzahl. Umso wichtiger für die Geberkantone, dass sie geschlossen auftreten. Und das haben diese erkannt. Die Kantone haben es trotz ihrer zum Teil grossen Unterschiede geschafft, sich auf sieben wesentliche Punkte zu fokussieren und vertreten diese nun gemeinsam nach aussen. «Alle Geberkantone haben ein Problem mit dem NFA – aber die Probleme haben verschiedene Hintergründe und verschiedene Ausgangslagen», weiss Michel.

HINWEIS

Weitere Infos zum Zusammenschluss der Geberkantone unter www.fairer-nfa.ch.



Bagger reissen das alte Beffa-Haus nieder

Es hatte eine schillernde Vergangenheit: Das Beffa-Haus florierte Ende der Sechziger- bis etwa Mitte der Achtzigerjahre als Pension. Gestern haben Bagger das

alte Landhaus niedergerissen. Es soll einer Wohnüberbauung weichen, da in der Gemeinde Steinen zu wenig Wohnraum zur Verfügung steht.

Bild Mischa Popp

Schulen spannen zusammen

FINANZEN Im Rahmen des Entlastungsprogramms will der Regierungsrat die Kantonsbeiträge an die drei privaten Mittelschulen massiv reduzieren. Die Mittelschulen wehren sich.

pd/red. Der Regierungsrat will die Kantonsbeiträge an die privaten Mittelschulen um 2,5 Millionen Franken kürzen. Die Kürzungen würden die Erfüllung des kantonalen Leistungsauftrages erheblich gefährden, heisst es in einer Mitteilung der drei Mittelschulen. Eine Angebotsreduktion oder sogar Schlies-

sung der privaten Mittelschulen mit Leistungsauftrag hätte für den Kanton aber keine Einsparungen, sondern erheblich höhere Kosten zur Folge, sind sie sicher. «Es ist nämlich völlig unrealistisch, zu meinen, 780 Schüler aus dem Kanton Schwyz, die im Schuljahr 2013/14 eine der drei privaten Mittelschulen besuchen, könnten in den bestehenden Räumlichkeiten der kantonalen Schulen unterrichtet werden.» Anhand mehrerer Infoveranstaltungen wollen die drei Schulen in den nächsten Wochen aufzeigen, warum die Beitragskürzungen nicht zu Einsparungen führen, sondern zu Mehrausgaben des Kantons werden.

Die Bildungslandschaft im Kanton Schwyz ist historisch gewachsen. Die privaten Mittelschulen haben eine mehr

als hundertjährige Tradition. Die drei Schulen sind in ihren Regionen stark verankert und sie stellen mit ihren rund 200 Arbeitsplätzen auch einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor dar.

Bereits einmal abgelehnt

Der Regierungsrat hatte dem Kantonsrat bereits im Jahr 2011 eine Kürzung der Beiträge an die privaten Mittelschulen beantragt. Der Antrag ging damals deutlich weniger weit. An der Session vom 18. Mai 2011 hat der Kantonsrat den Antrag mit grossem Mehr abgelehnt. Nun schlägt der Regierungsrat im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens trotz deutlicher Ablehnung durch den Kantonsrat noch viel einschneidendere Beitragskürzungen vor.

ANZEIGE

«Nein zum Lohndiktat vom Staat!»

Alois Gmür
Nationalrat CVP
Einsiedeln

www.1-12-nein.ch

NEIN ZU 1:12

+

FÜR EINE STARKE SCHWEIZ MIT ZUKUNFT.